



Biwöchlicher Monatszyklus in Breslau 2 Thlr. außerhalb incl.
Postz 2 Thlr. 25 Sgr. Inserationsgebühr für den Raum einer
fünfseitigen Seite in Petit-Typ 1½ Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Erwerben übernehmen alle Post-
amtshäuser Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag
einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 530. Mittag-Ausgabe.

Achtundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Dienstag, den 12. November 1867.

Bekanntmachung.

Mit Bezugnahme auf die in Nr. 115 der Gesetzesammlung publizierte Allerhöchste Verordnung vom 7. d. M., durch welche die beiden Häuser des Landtages der Monarchie, das Herrenhaus und das Haus der Abgeordneten, auf den 15. d. M. in die Haupt- und Residenzstadt Berlin zusammenberufen worden sind, mache ich hierdurch bekannt, daß die besondere Benachrichtigung über den Ort und die Zeit der Eröffnungsitzung in dem Bureau des Herrenhauses und in dem Bureau des Hauses der Abgeordneten am 14. November in den Stunden von 8 Uhr früh bis Abends und am 15. November in den Morgenstunden offen liegen wird. In diesen Bureaux werden auch die Legitimationskarten zu der Eröffnungs-Sitzung ausgegeben und alle sonst erforderliche Mittheilungen in Bezug auf dieselbe gemacht werden.

Berlin, den 9. November 1867.

Der Minister des Innern.

Graf Eulenburg.

Deutschland.

Berlin, 11. Novbr. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Amtmann a. D. Schneider zu Göttlingen, früher zu Gifhorn, dem Pro-Gymnasial-Rector Hubert zu Siegburg und dem Superintendenten a. D. Dr. Pfarrer Homuth zu Liebel, im Kreis Sorau, den rothen Adlerorden vierter Klasse, sowie dem Gymnasial-Director Mr. Schoen zu Norden den königl. Kronenorden dritter Klasse, dem Vorsitzenden des landwirtschaftlichen Provinzial-Vereins zu Uelzen, Gutspächter Rohde zu Beerten bei Uelzen, den königl. Kronenorden vierter Klasse, dem Rendanten der evangel. Kirche zu Sülfeld, im Kreise Wanzleben, Kossathen Thiele, das allgemeine Ehrenzeichen, und dem Hafen- und Kribbemeister Johann Weder zu Neuhofendorf, im Kreise Koblenz, die Rettungs-Medaille am Bande; ferner den Forst-Inspectoren Mayer zu Koblenz, v. Blumen zu Merseburg, Grafen Matzka zu Oveln, Krohn zu Königsberg und Erdmann zu Frankfurt a. D. den Charakter als Forstmeister; sowie dem als Vorstand des allgemeinen Finanz-Büros zu Hannover angestellten Rath Ludwig Fischer der Charakter als Geheimer Rechnungs-Rath verliehen; und den Gerichts-Assestor Robert Matthaeus zu Graudenz zum Garrison-Auditeur daselbst ernannt.

Der königl. Eisenbahn-Baumeister Wilde zu Frankfurt a. D. ist zum königl. Eisenbahn-Bau-Inspector ernannt und demselben die Betriebs-Inspectore-Stelle bei der Hannoverschen Eisenbahn zu Harburg verliehen worden. — Der Privadozent Dr. Bachmann ist zum außerordentlichen Professor in der philosophischen Fakultät zu Breslau ernannt worden. — Am evangel. Waisenhaus und Schullehrer-Seminar zu Königsberg D. Pr. ist der Elementar-Lehrer Lacker als Hilfslehrer angestellt worden.

Dem Kaufmann R. Jacobson in Berlin ist unter dem 7. November 1867 ein Patent auf einen durch Zeichnung und Beschreibung erläuterten Telegraphen-Apparat zum gleichzeitigen Befördern mehrerer Depeschen durch einen Draht, auf fünf Jahre erteilt worden.

Dem Herrn Julius Lenz in Berlin ist unter dem 9. November 1867 ein Patent auf einen durch Zeichnung und Beschreibung erläuterten Telegraphen-Apparat zum gleichzeitigen Befördern mehrerer Depeschen durch einen Draht, auf fünf Jahre erteilt worden.

Berlin, 11. Novbr. [Zu den Wahlen. — Das Abgeordnetenhaus.] Der Abg. Lasker hat das Mandat in Stettin abgelehnt, um das in Magdeburg a. zu nehmen. Berlin hat seit langer Zeit zum ersten Male keine Nachwahl vorzunehmen. Waldeck, Löwwe, Dunker und Birchow sind in ihren früheren Wahlkreisen nicht wieder gewählt. Viele Mitglieder der national-liberalen Fraction sind nicht sehr erbaut von der großen Anzahl von Mitgliedern, welche sich ihr anschlossen, hier und da macht sich die Ansicht geltend, daß es zu einer Trennung in eine rechte und eine linke Seite der Fraction kommen möchte, um die Zahl der Fraktionen noch zu vermehren. — Die Arbeiten im Abgeordnetenhaus sind übrigens noch keineswegs beendet, zahlreiche Handwerker sind zum Theil bis in die Nacht hinein beschäftigt, um die Renovierung zu beenden. Der Sitzungssaal sollte heute fertig hergerichtet sein, an den Nebenräumen bleibt noch viel zu thun übrig.

Berlin, 11. Novbr. [Landtagsvorlagen. — Die Zeitungssteuer. — Der Notstand in Ostpreußen. — Die Kinderpest in Schlesien. — Die Postkonferenz.] Das Staatsministerium ist gegenwärtig mit den Vorarbeiten für die nächste Landtagssession und namentlich mit der Thronrede beschäftigt, weshalb auch mehrere Mitglieder desselben der Einladung zu den königlichen Jagden nicht folge leisten konnten. — Die Frage, ob Stempelsteuer oder Inseratensteuer? wird jetzt sehr lebhaft von der Presse besprochen und haben sich die meisten der größeren Blätter gegen die letzte Art von Steuer erklärt. Die alte Steuer könnte man als eine bekannte annehmen, man habe sich an ihre Form und ihre Lasten schon gewöhnt, der neuen dagegen sehe man als einem unbekannten etwas, das bedrohlich erscheine, mit Besorgniß entgegen; am besten allerdings sei keine von beiden Steuern. Wenn aber nun berichtet wird, daß die Regierung von der Einbringung eines dahin zielenden Gesetzentwurfes für diese Session Abstand nehme, so ist das wohl unrichtig. Die Regierung hat ja schon Sachverständige einberufen, welche die Frage begutachten sollen, und bis deren Meinungsbücher eingegangen, werden deshalb wohl alle andern Beschlüsse in dieser Angelegenheit vertagt werden. Allerdings darf man sich nicht verhehlen, daß analog den Zeitungen nun wohl auch das Gutachten der Sachverständigen gegen die Inseratensteuer fallen wird und dann müßte die Regierung freilich auf ihre etwaigen Abänderungspläne Verzicht leisten. — Weiter taucht das Gericht von einer beabsichtigten Vorlage eines neuen Wahlgesetzes auf und wieder können wir dafür auf das Bestimmteste dementieren; diese Frage ist noch gar nicht in dies Stadium gerückt. — Dem Unternehmen nach beabsichtigt die Regierung mit Rücksicht auf den Notstand in Ostpreußen die Summe von 500,000 Thalern als Beihilfe zu gewähren. — Der Geh. Ober-Reg.-Rath Oppermann ist von seiner Mission nach Schlesien wieder zurückgekehrt. Der dort stattgefundene Ausbruch der Kinderpest ist einer der schlimmsten, welche Preußen in den letzten 50 Jahren zu erleben gehabt hat. Der Verlust an Kindvieh beläuft sich schon auf mehrere 100 Stück, welche Theils der Krankheit erlegen, theils aus Vorsicht gesoldet worden sind. Die Infection erstreckt sich auf mehrere Kreise, am härtesten ist davon der Kreis Radibor betroffen, wo mehr als zwanzig Ortschaften unter dem Ausbruch der Seuche leiden. Die militärischen Maßregeln zur Besetzung der österreichischen Grenze und Abschließung der von der Seuche heimgesuchten Ortschaften und Höfe sind sehr umfangreich; 12 Bataillone sind zur Verwendung gekommen. Der so vielfache Ausbruch der Krankheit scheint dadurch herbeigeführt worden zu sein, daß ein ausgedehnter Schmuggel mit Vieh diejenige Grenzstrecke, welche gegen Österreich wegen der dort ausgebrochenen Kindviehseuche abgesperrt war, umging und frisches oder infiziertes Vieh einführte. Jetzt ist an der ganzen österreichischen Grenze ein militärischer Cordon gezogen; die Strecke, welche damals gegen Österreich abgesperrt war, ging so weit, wie dies in der Regel der Fall ist. — Die Annahme, daß Bevollmächtigte der Postkonferenz in der vergangenen Woche nach Hause gereist seien, um

Instruktionen zu holen, bestätigt sich nicht. Es hatten einige derselben einen Ausflug gemacht, um in Hamburg einen freundschaftlichen Besuch abzustatten. Jedoch der Fall, daß sich Bevollmächtigte Instruktionen für gewisse Fragen aus ihrer Heimat erbeten haben, wie das bei solchen Verhandlungen nicht zu vermeiden ist, ist später eingetreten; die Arbeiten der Conferenz erleiden jedoch hierdurch keinen Aufschub, und man sieht einer vollen Verständigung mit Zuversicht entgegen; der Schluss der Conferenz wird voraussichtlich in 14 Tagen erfolgen.

= Berlin, 11. Novbr. [Die Verurtheilung Tweten's.] Die VII. Deputation des Criminalgerichts (Vorsitzender: Graf v. Bredow, Beisitzer: Stadtgerichts-Räthe Bach und v. Schröder) verhandelte heute abermals in der gegen den Stadtgerichtsrath Tweten erhobenen Anklage wegen einer im Abgeordnetenhaus gehaltenen Rede. Es handelte sich um die vielfach besprochene Rede Tweten's bei Gelegenheit der Berathung des Justizrats in der 54. Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 20. Mai 1865. Diese Rede hat den bekannten Ober-Tribunals-Beschluß über Art. 84 der Verfassungskunde hervorgerufen. Sowohl in erster Instanz wie vom königl. Kammergericht wurde angenommen, daß die Rede in elf verschiedenen Punkten verleumderische Beleidigungen von Behörden und Beamten enthielt, der Angeklagte wurde indessen freigesprochen, weil zugleich angenommen wurde, daß der Artikel 84 der Verfassung ihn gegen eine strafrechtliche Abhöhung für seine im Abgeordneten-Hause gehaltenen Äußerungen schütze. Auf die von der Staats-Anwaltschaft eingelagerte Nichtigkeitsbeschwerde vernichtete der erste Criminal-Senat des Ober-Tribunals auf Grund der bekannten Entscheidung des höchsten Gerichtshofes diese beiden Entscheidungen und verwies die Sache zur abermaligen Verhandlung und Entscheidung in die erste Instanz zurück. In dem deshalb auf heute anberaumten neuen Audienztermine war der Angeklagte Tweten nicht erschienen, weshalb in contumaciam gegen ihn verfahren wurde. Sowohl in der Voruntersuchung, als auch in dem früheren Audienztermine erster Instanz hatte Tweten mit Rücksicht auf den Artikel 84 der Verfassungs-Urkunde jede gerichtliche Erklärung abgelehnt. Nachdem die incriminierte Rede vorgelesen worden, ergriff der Staatsanwalt Schütz zur Begründung der Anklage das Wort. Der Gegenstand der Untersuchung, so führte er aus, seien Neuheiten, welche der Angeklagte als Mitglied des Abgeordnetenhauses in der Ausübung seines Berufs gehabt habe. Die bei den bisherigen Verhandlungen in den Vordergrund getretene Frage, wie weit der Art. 84 der Verfassung den Angeklagten schütze, sei durch das Erkenntnis des Ober-Tribunals entgültig entschieden worden. Dieses Erkenntnis stelle den Grundsatz auf, daß die durch Art. 84 gewährte Straffreiheit sich nur auf Beleidigungen im engeren Sinne erstrecke, nicht aber auf Verleumdungen, und von diesem Gesichtspunkte aus müsse die incriminierte Rede beurtheilt werden. Der Staatsanwalt wies demnächst nach, daß verschiedene Behauptungen des Angeklagten unwahr und deshalb geeignet seien, die davon betroffenen Behörden und Beamten dem Hause und der Bevölkerung auszusezen. Der § 154 des St.-G.-V. könne zwar auf Fälle wie die vorliegenden zur Anwendung gebracht werden, aber er siehe dem Angeklagten nicht zur Seite, weil sowohl aus dem Inhalte, wie aus der Form der Rede die Absicht zu beleidigen klar hervorgehe. Der Umstand, daß der Angeklagte sich in Bezug auf den Art. 84 der Verfassung in einem Rechtsirrum befunden habe, könne bei den vorhandenen übrigen Strafhaftungsgründen eine Milderung nicht herbeiführen, und halte deshalb den früheren Antrag auf zweijährige Gefängnisstrafe aufrecht. Zugleich beantragte er die Veröffentlichung des Erkenntnisses in der „Woss. Ztg.“, und zwar an der Stelle, wo die Landtags-Verhandlungen ihren Platz finden. Der Gerichtshof beriet länger als eine Stunde und erkannte, dem Antrage des Staatsanwalts gemäß, auf eine Gefängnisstrafe von 2 Jahren gegen Tweten. Den Gründen des Erkenntnisses schloß sich der Gerichtshof den Ausführungen des Staatsanwalts durchweg an. In dem Umstande, daß der Angeklagte die incriminierten Neuheiten auf der Tribüne des Abgeordnetenhauses gehabt, fand der Gerichtshof einen Strafhaftungsgrund und erkannte deshalb auf die höchste gesetzliche Strafe. Ebenso wurde nach dem Antrage des Staatsanwalts auf Veröffentlichung des Urteils erkannt. — Diese Anklage fällt natürlich noch unter die Amnestie des vorigen Jahres.

— [Preßprozeß.] Vor demselben Gerichtshofe sollte heute ferner eine Anklage gegen den Buchhändler Franz Dunker und den Redacteur der „Woss. Ztg.“, Franz Grunert, verhandelt werden. Fünf verschiedene Anklagen lagen vor, in denen Herr Dunker nur aus § 35 des Preßgesetzes angeklagt war, weil er bei seiner ersten gerichtlichen Vernehmung nicht den Herausgeber der incriminierten Artikel, sondern nur den Redacteur Grunert als solchen genannt hatte. Der Angeklagte Dunker war aus dem Gefängnis, wo er gegenwärtig eine gegen ihn erkannte achtjährige Strafe verbüßt, vorgeführt worden, der Angeklagte Grunert war Krankheitshalber nicht erschienen. Der als Vertheidiger erschienene Redacteur Lewald beantragte die Aufhebung des Termins und die Vernehmung des Angeklagten Grunert durch eine Gerichts-Commission in seiner Wohnung darüber, ob er der wirkliche Herausgeber der incriminierten Artikel sei, da im Bejahungsfalle die Anklage gegen Herrn Dunker fallen gelassen werden müsse. Der Staats-Anwalt schloß sich diesem Antrage an und der Gerichtshof beschloß demgemäß. Endlich stand vor derselben Deputation der Dr. med. Moritz Löwinski unter der Anklage der öffentlichen Beleidigung des Polizei-Präsidentums. Es war gegen Dr. Löwinski nämlich eine Denunciation wegen verweigelter ärztlicher Hilfe bei dem Polizei-Präsidentum eingegangen und hatte Dr. L. mit Bezug hierauf eine Eingabe an das Polizei-Präsidium gerichtet, in welcher die Staats-Anwaltschaft den Vorwurf enthaltend fand, daß das Polizei-Präsidium der „freibol. Unverschämtheit“ Vorwurf leiste. Der Staats-Anwalt beantragte eine Woche Gefängnis gegen den Angeklagten; der Gerichtshof sprach indessen das Nichtschuldig über denselben aus, indem er ausführte, daß die incriminierte Stelle der Eingabe sich nicht mit absoluter Notwendigkeit auf das Polizei-Präsidium beziehen lasse, daß ferner aber der Angeklagte sich in Ausführung seiner Geschäfte befunden habe und ihm somit der § 154 des St.-G.-V. zur Seite stehe.

[Se. Majestät der König] batte am Sonntag Vormittag eine längere Unterredung mit dem berühmten Reisenden Gerhard Nohls, der sich verabschiedete und heute die Reise nach Abyssinien angetreten hat. Nach den Vorträgen des Hofmarschalls Grafen Pückler, des Geh. Hofrathes Borch, des Hausministers v. Schleinitz, reiste Se. Maj. der König mit den königlichen Prinzen und Fürstlichkeiten, den Ministern Graf Bismarck, Graf Eulenburg, v. Noor, dem Hausminister v. Schleinitz, dem russischen Militärbevollmächtigten General Graf Kutusow und andern höheren Militärs zunächst per Separatzug nach Halberstadt und dann von dort per Extrajpost nach Leipzig. Um ½ Uhr fand dort das Diner statt. Heute wurde in der Leipziger Forst die erste Hoffjagd abgehalten und folgte hierauf das Diner im Jagdschloß.

[S. Maj. die Königin Wittwe] wird, außer dem Vernehmen

nach, sich morgen zu einem mehrtägigen Besuch an den königl. sächsischen Hof begeben.

[Erkönig Georg] macht der Regierung immer noch viel zu schaffen; in diesem Augenblick, nachdem die Entscheidungsfrage geregelt ist, ist es die braunschweigische Erfolge, welche vorzugsweise die Aufmerksamkeit auf sich zieht. Preußen hat von jeher Anspruch auf die Erfolge in Braunschweig erhoben, und es wird dieselbe jetzt gewiß nicht fallen lassen, wo die Erfolge Preußens das einzige Mittel ist, um die Wiederfestsetzung der Welfen-Dynastie in Norddeutschland zu verhindern. Es werden deshalb in Braunschweig eifrig Anstrengungen gemacht, um eine Erklärung der braunschweigischen Regierung in der braunschweigischen Kammer zu provociren; ob mit Erfolg, das wird sich sehr bald zeigen.

[Der Bundesrat] hat die Ablehnung des Gesetzes über die Einrichtung der Bundesschulden-Verwaltung noch nicht beschlossen, sondern dasselbe zur Berücksichtigung an den Ausschuss für das Rechnungswesen verwiesen. Der Entwurf über die Coalitionsfreiheit ist bisher der einzige, dessen Ablehnung vom Bundesrat beschlossen wurde.

[Diplomatisches.] Nachdem der österreichische Gesandte Graf Wimpffen dem Grafen Bismarck die Note v. Beust's vorgelesen hatte, hat Graf Bismarck durch ein kurzes Rundschreiben an die preußischen Gesandtschaften vom 5. d. M. geantwortet, in welchem er, mit einem leisen Tone von Ironie, Act nimmt von den auf der Pariser Zusammenkunft basirten friedlichen Verstechungen.

[Auf der Postkonferenz] ist die Einführung des Eingroßchen-Porto's gesichert. Schwierigkeiten bestehen nur noch wegen der Transitsätze durch Bayern und Baden für die schweizerische und italienische Correspondenz. Preußen widerstrebt der Förderung der Südstaaten auf eine möglichste Herabsetzung der Zeitungsprovision, sowie des Wertes und des Paketporto's.

[Darlehnsklassenscheine.] Unter Bezugnahme auf den § 9 des Gesetzes vom 27. Sept. d. J. (Gesetzesammlung S. 586) wird vom Finanzminister bekannt gemacht, daß am 31. October d. J. 769,521 Thlr. in Darlehnsklassenscheine im Umlauf gewesen sind.

[Der bekannte Reisende Gerhard Nohls] wird sich im Auftrage und auf Kosten Sr. Majestät des Königs nach Massowah begeben, um sich der englischen Expedition nach Abyssinien als wissenschaftlicher Beobachter anzuschließen. Die dazu von der grossbritannischen Regierung erforderliche Erlaubnis ist ihm durch das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten mittelst der königl. Botschaft in London erwirk worden.

[Todeserklärung.] Von dem Justizminister wird, wie wir hören, in Verbindung mit dem Kriegsministerium ein Gesetz wegen Todeserklärung der aus den Kriegen von 1864 und 1866 noch Vermissten zur Verlegung an den Landtag vorbereitet. Bekanntlich ist ein solches Gesetz nach jedem größeren Kriege erlassen und es soll auch die Zahl der jetzt noch Vermissten nicht unbedeutend sein.

Dresden, 11. Nov. [In der Ersten Kammer] wird morgen der Bericht der dritten Deputation über die bekannten Anträge des Bürgermeisters Koch zur Berathung kommen. Die Deputation (Ref. Geh. Rath v. König) rathet der Kammer an, diese Anträge auf sich zu berufen zu lassen, dieselben jedoch noch an die Zweite Kammer abzugeben.

Leipzig, 9. Nov. [Gegen die ständischen Kammern.] Eine Versammlung dreier Arbeitervereine, an welcher sich auch Mitglieder der national-liberalen Partei beteiligten, hat beschlossen, eine Petition an die Regierung zu richten, in welcher um schnelle Befestigung der gegenwärtigen ständischen Kammern und um Berufung einer Volksvertretung nach allgemeinem Wahlrecht ersucht wird. Gleichzeitig wurde ein Antrag angenommen, welcher für den Fall der Nichtberücksichtigung obigen Gesuches die Anrufung der Bundesbehörden zur Ausgleichung des Verfassungsconflictes in Gemäßheit des Artikels 76 der Bundesverfassung fordert.

Karlsruhe, 9. Nov. [Ministerverantwortlichkeit.] Von der ersten Kammer wurde heute das Ministerverantwortlichkeitsgesetz in der Fassung der Commission einstimmig angenommen.

Florenz, 7. Nov. [Zur Schlacht bei Mentana. — Gegen Frankreich.] — Ministerium und Kammer. — Aus der (bereits mitgetheilten) Erklärung Fabrizi's, Menotti Garibaldi's, Misfori's, Guerzioni's u. s. w. geht, so schreibt man der „K. Z.“, hervor, daß die Päpstlichen geschlagen waren, als die Franzosen mit ihren Chassepotgewehren ihnen zu Hilfe eilten. Auch die Berichte in den Blättern stimmen mit diesem Urtheile überein. Die öffentliche Meinung und selbst jene, die Garibaldi's Zug überhaupt tadelten, sprechen sich nun günstig für ihn aus. Man hört überall Vermischungen gegen Frankreich ausstoßen, und die Gemäßigten meinen, Italien müsse in Zukunft Frankreich gegenüber sich verhalten, wie früher Österreich gegenüber. Das Ministerium Menabrea ist jedoch entschlossen, durchzugehen, und Guatierio erklärt, er werde vor keiner Maßregel zurücktreten; vorerst soll die Kammer einberufen und sofort aufgelöst werden, wenn sie der Regierung ihre Zustimmung verweigert. Die Linke soll dagegen entschlossen sein, sofort nach Eröffnung des italienischen Parlaments Menabrea in Anklagestand zu versetzen.

[Procesz Garibaldi.] Laut dem „Movimento“ will Menabrea Garibaldi nebst den bedeutendsten Persönlichkeiten, die an dem Zuge Theil nahmen, darunter Crispi u. s. w., gerichtlich behandeln, und zwar, „weil sie das Land in die Gefahr eines Krieges mit einer fremden Macht gebracht hätten“. Man sieht, die inneren Schwierigkeiten in Folge der durch die französische Expedition geschaffenen Verwickelung fangen jetzt erst an, sich geltend zu machen.

Rom, 5. Nov. [Über den Kampf bei Mentana] schreibt man der „K. Z.“ von hier Folgendes: Das durch die Begegnung Carls des Großen und Leo's III. und ein glänzendes Gastmahl Beider geschicklich merkwürdige Mentana sah vorgestern auf seinen umliegenden Hügeln einen blutigen Kampf zwischen Garibaldianern und etwa 9000 Mann französisch-päpstlichen Truppen. Diese hatten gegen 160 Tode und Verwundete, die Freischaren gegen 400; sie verloren in Mentana und später in Monte Rotondo gegen 1700 Gefangene, die sich bereits in Rom befinden. Garibaldi's Freunde riehen von dem ungleichen Kampfe ab, doch er wollte sich schlagen, daß es nicht scheine, er habe Furcht vor den Franzosen. Die Menge der neugierigen Römer war fast unüberschaubar, als die Gefangenen gestern Nachmittag durch Porta Pia marschierten. Da sah man besahrte Männer neben stattlichen Flügeln,

lingen, Bitterkeit und Hohn auf den Lippen. Andere lachten, dampften eine Cigarre; aber auch Knaben von noch nicht 14 Jahren mit Bayonnetstichen durch das rothe Hemd zogen vorüber. Ohne von zwei vollständigen Feldbatterien unterstützt zu sein, hätte der Angriff der französisch-päpstlichen Brigade die Freischaren gewiß nicht so leicht aus ihren Stellungen vertrieben. Am meisten haben die Zuvor und das der Mehrzahl nach aus Deutschen zusammengelebte Bataillon der im päpstlichen Dienste stehenden Carabinieri esterri bei Montana gelitten.

[Plebisit in Viterbo.] Belletti hat sich unterworfen, dagegen wurde in Viterbo ein Plebisit abgehalten, an dem außer den Einwohnern von Viterbo auch die der größeren Provinzialstädte Theil nahmen. Das Ergebnis war: 18,000 Stimmen für die Vereinigung mit Italien, 200 wollten bei Rom bleiben.

Frantzreich.

Paris, 9. Nov. Über das Verhältniß Österreichs zu Frankreich schreibt man der „R. C.“: „Als die „Situation“ vor einigen Tagen angezeigt, daß am Donnerstag den 31. October ein Allianzvertrag zwischen Österreich und Frankreich definitiv unterzeichnet worden sei, war sie nichts als das Echo der Hoffnungen, welche in gewissen Kreisen der französischen Diplomatie auf die Heimkehr des Kaisers Franz Joseph gesetzt worden sind. Die Nachricht war und blieb eine Unwahrheit. Freilich nach der Sprache zu urtheilen, die jetzt in Kreisen über Freiherrn v. Beust geführt werden, welche der Leitung der Geschäfte des auswärtigen Amtes sehr nahe stehen, so hätte Frankreich alle Ursache, dem österreichischen Staatskanzler ganz ernstlich zu großen ob der Zukunftspolane, die er vor seiner Anwesenheit in Paris angeregt, und der Reserve, die er beobachtet habe, als es sich darum handelte, die Mittel für Abahnung dieser Projekte genauer formulirt festzustellen. „Herr v. Beust“, sagte mir einer dieser Unmuthigen, dessen Stellung ihm gestattet, über alle dahin gehörigen Vorgänge wohl unterrichtet zu sein, „Herr v. Beust hat sich als echten Österreicher erwiesen. Er wollte schlauer ein, als wir. Er machte stets Miene, Alles zu wollen — aber zur ungelegenen Zeit, und in dem Moment, den wir für geeignet gehalten hätten, fand er stets ein „Wie“, um sich einen Ausweg offen zu halten, ehe er sich förmlich engagire.“ Bei diesen Gestirnungen dürfte es dem österreich. Minister-Präsidenten kaum schwer werden, in Wien, resp. in Süddeutschland wieder den alten deutschen Patrioten hervorzuführen, dem die Einmischung des Auslandes in innere deutsche Angelegenheiten noch immer ein Gräuel ist. Wir dürfen kaum Veranlassung haben, uns ob des Miscredites zu grämen, in den nach diesen intimen Vorfällen, welche auf das persönliche Verhältniß der beiden Kaiser im Uebrigen von keinerlei Einfluss gewesen sein sollen, der Staatskanzler bei französischen Diplomaten verschiedenster Gestirnungen gerathen zu sein scheint.

[Was Italien an betrifft,] so hat sich plötzlich gefunden, daß der „Moniteur“ sich der Verbreitung falscher Nachrichten schuldig mache, als er voreilig die gänzliche Befreiung des Kirchenstaates von garibaldinischen Banden anzeigen. Wie sich jetzt herausstellt, war Viterbo noch von ihnen besetzt geblieben und auch in Frosinone hatten sich noch Reste einiger Freiwilligen-Compagnieen gehalten. Das französische Expeditionscorps hat deshalb von Rom aus eine sächsische Vormärtsbewegung machen müssen, um gründlich aufzuräumen, in Folge deren gestern Viterbo selbst und heute Frosinone von ihm besetzt wurden. Die Banden sollen sich, nach offiziellen Berichten, sofort beim Herannahen der Franzosen zerstreut haben.

Breslau, 12. November. [Angekommen:] Se. Durchlaucht Heinrich IX., Prinz Reuß, aus Neubos. v. Buddenbrock, Oberstleutnant und Regiments-Commandeur aus Ohlau.

Gestohlen wurde: Auf dem Freiburger Bahnhofe, eine Regulator-Uhr.

Polizei mit Beschlag liegt 1 unechter Ring.

Verloren ging: 1 goldene Brosche.

Gefunden wurden: jedes starke eiserne Dosenhünen. (Fremdb.)

Görlitz, 12. Novbr. [Ablehnung. — Ausmarsch.] Herr v. Carlo- witz, welcher seit vielen Jahren den Görlitz-Laubaner Wahlkreis im Abgeordnetenhaus vertreten hat, und auch am Donnerstag mit großer Majorität wieder gewählt worden ist, hat, wie wir bereits vor der Wahl befürchtet haben, leider in Folge seiner geschwächten Gesundheit die Annahme des Mandats abgelehnt. Der Görlitz-Laubaner Wahlkreis hat deshalb eine Neuwahl vorzunehmen. — Der größte Theil unserer Garnison hat uns auf unbestimmte Zeit verlassen. Bekanntlich ist gegen die Verbreitung der Rinderpest in Oberösterreich ein Grenz-Cordon gezogen worden und es haben zu diesem Zwecke auch das 5. Jägerbataillon und ein Theil des hier garnisierten 1. Bataillons des 38. Infanterie-Regiments Besatz erhalten, sich dorthin zu begeben. Am Sonntag Früh 9 Uhr rückte das 5. Jägerbataillon nach dem Bahnhof, um vermittelst Extrazug nach Ziegenthal bei Oppeln befördert zu werden und gestern Vormittag gegen 9 Uhr folgten vom Schlesischen Infanterie-Regt. Nr. 38 40 Mann pro Compagnie nach. (G. A.)

Telegraphische Witterungsberichte vom 10. November.

W.	D. t.	Baromet.	Therm.	Wind,	Allgemeine
		Barometer.	Temperatur.	Richtung und	Himmels-Ansicht.
		Linen.	Ream.	Stärke.	
6 Memel		337,5	-0,2	N., mäßig.	Heiter.
7 Königsberg		337,8	0,4	N., f. schw.	Trübe.
8 Stettin		341,2	0,9	NW., mäßig.	Heiter.
— Ratibor		331,8	0,0	NW., mäßig.	Schnee.
— Münster		340,2	6,0	W. schwach.	Nebel.
— Trier		337,1	6,2	NW., f. schw.	Rebelig, trübe.
— Akenburg		342,6	1,8	S., f. schw.	Trübe.
8 Paris		337,6	-1,0	SW., schw.	Bedeut.
— Parapanda		337,6	-1,0	SW., schw.	Bedeut.
— Helsingfors		—	—	—	—
— Peterburg		—	—	—	—
— Mostau		—	—	—	—
— Stockholm		340,1	-0,3	NNW., schw.	Kast bedeckt.*)
— Skudensnäs		341,9	4,8	Windstille.	Bewölkt.
*) Maxim. +1,6.		Minim. +0,1.			

Meteorologische Beobachtungen.					
Der Barometerstand bei 0 Grad.	Bo-	Luft-	Wind-	Wetter.	
in Pariser Linien, die Temperatur der Luft nach Raumur.	rometer.	Temperatur.	richtung und Stärke.		
Breslau, 11. Nov. 10 U. Ab.	333,04	+4,2	W. I.	Regen.	
12 Nov. 8 U. Ab.	334,17	+1,3	W. I.	Heiter.	

Breslau, 12. Nov. [Wasserstand.] O.-P. 17 f. — S. U.-P. 3 f. 11 3.

Telegraphische Depeschen

aus dem Wolff'schen Telegraphen-Bureau.

Kassel, 11. November. Die hier tagende Generalversammlung des Nationalvereins hat über die von dem Verein aufgebrachten Flotten-gelder in folgender Weise verfügt: Der Marineverwaltung des nord-deutschen Bundes werden 106,580 fl. überwiesen; die deutsche Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger erhält 2000 Thlr.; der deutschen Seemannsschule in Hamburg sind 1000 Thlr. zuerkannt; 500 Thlr. erhält der deutsche Rechtschuhverein in London. Sodann wurde die Auflösung des Vereins beschlossen. Ein Ausschuß von 12 Mitgliedern soll die Bestimmung über die noch verfügbaren Mittel des Vereins haben.

Frankfurt a. M., 11. November. Der Gasdirektor Schiele hat sein Mandat als Landtagsabgeordneter abgelehnt, weil ihm seitens des Verwaltungsrates der Frankfurter Gasgesellschaft der erforderliche Urkund verweigert wurde.

München, 11. Novbr. Der „Münchener Post für Stadt und Land“ erfaßt, daß Graf Tauffkirchen zum Gesandten in Paris ernannt ist.

Wien, 11. Nov. In der heutigen Sitzung des Ausgleichungs-Ausschusses erklärte der Finanzminister, daß fernerhin die Überschreitungen des Budgets gänzlich vermieden sein würden, und daß alle Aussicht zur Regelung der Finanzlage des Reiches vorhanden sei, worüber er bei der Verhandlung des nächsten Budgets einen detaillierten Plan vorlegen werde. Der Finanzminister betonte weiter, daß die Verantwortlichkeit der Minister und die Entwicklung eines echt constitutionellen Budgets die beste Garantie für die Wiederherstellung der Finanzen biete.

Nach der „Wiener Correspondenz“ gedankt Erzherzog Ludwig Victor in Begleitung des Generalmajors Piret demnächst eine Reise nach Spanien anzutreten.

Wien, 11. Novbr. Das Telegraphen-Correspondenzbureau meldet aus Konstantinopel vom gestrigen Tage: In diplomatischen Kreisen verlautet, Russland habe neuerdings wieder eine Circulardepeche erlassen, in welcher ausgeführt werde, Russland wolle zur Unterstützung der Christen in der Türkei nicht isolirt interveniren, glaube aber in dieser Beziehung gerechte Ursache zu klagen zu haben; die russische Regierung sei zu einem Endernehmen mit denjenigen Mächten bereit, welche im Orient interveniren wollen.

Paris, 12. Nov. Der „Moniteur“ enthält zwei amtliche Noten. Die erste lautet: Die kaiserliche Regierung nahm mit lebhafter Bevestigung von dem freiwilligen Entschluß Kenntnis, durch welchen Italien seine Truppen aus dem Kirchenstaat zurückrief. Der französische Gesandte in Florenz ist angewiesen, auszusprechen, wie hoch Frankreich diese versöhnlichen Gestirnungen Italiens schätzt.

Die patriotischen Bewährungen Italiens, überall die Ruhe wieder herzustellen, läßt der französische Regierung das größte Vertrauen ein und geben ihr die Überzeugung von der Fortdauer und der Beständigkeit der freundschäftlichen Beziehungen mit Italien.

Die zweite Note lautet: Der Kaiser beschloß, das Expeditionskorps solle Rom und den übrigen Kirchenstaat räumen, sobald die Ruhe gesichert sei. Die Truppen werden sich allmählich auf Civita-Vecchia konzentrieren.

Paris, 11. Nov. „France“ bestätigt die Nachricht über die Bevölkerung einer Conferenz. Dasselbe Blatt meldet, daß Mazzini sich in Lugano befindet und von dort Manifeste und Proklamationen an die Revolutionspartei in Italien und Waffen an seine Agenten versende.

Paris, 11. Novbr. „Gebhard“ schreibt: Ohne daß irgend eine der Mächte bisher in der Lage war, auf den Vorschlag Frankreichs, betreffend den Zusammentreffen einer Conferenz, eine Antwort zu ertheilen, können wir doch versichern, daß die Ansichten aller europäischen Staaten sich diesem Vorschlag günstig erwiesen haben. Angehört dieser Thatsache hat die französische Regierung ein Beben getragen, eine zweite Circulardepeche an ihre Vertreter im Auslande abgeben zu lassen mit dem Auftrage, den betreffenden Regierungen in offizieller Weise Kenntnis von dem Vorschlag Frankreichs zu geben, eine Conferenz zusammenzutreffen zu lassen. Dieses diplomatische Attentat ist beute an die Höhe von England, Preußen, Russland, Österreich, Sachsen, Bayern, Württemberg, Hessen, Baden, Schweden, Dänemark, Belgien, Holland, Spanien und Portugal sowie an die schweizer Eidgenossenschaft abgegangen. Wir glauben, daß über die Zulassung Griechenlands und der Türk. noch kein Entschluß gefaßt worden ist. Eine Antwort auf den Vorschlag Frankreichs hat natürlich noch nicht nach Paris gelangen können.

Dasselbe Blatt bemerkt noch, daß nach überlängigen Informationen die im heutigen „Constitutionnel“ angekündigte Broschüre „Napoleon III.“ und Europa im Jahre 1867“ keinerlei guvernementalen Charakter habe.

Paris, 11. Novbr. Das amtliche Blatt schreibt: Die amerikanische Flotte scheint ihren Aufenthalt vor Lissabon verlängern zu wollen.

Paris, 11. Novbr. Der heutige „Constitutionnel“ zeigt an, daß in den nächsten Tagen bei Denuo eine Broschüre unter dem Titel „Napoleon III. und Europa im Jahre 1867“ erscheinen werde.

Florenz, 11. November. Aus Rom hier eingegangene Briefe wollen wissen, daß Frankreich die Occupationsarmee noch immer vermehre. Auch die Sendungen von Kriegsmaterial dauerten fort. Die italienische Regierung trifft Maßregeln, um die Flotte in dienstfähigen Stand zu versetzen.

Genf, 11. November. Bei den gestrigen allgemeinen Wahlen für den Staatsrat haben die Independenten einen vollständigen Sieg errungen. Die Radikalen haben nicht einen ihrer Kandidaten durchgefegt. Auch James Fazy ist nicht gewählt worden. Die Ruhe wurde in keiner Weise gestört.

Telegraphische Course und Börsennachrichten.

(Wolff's Telegr. Bureau.)

Paris, 11. Novbr. Nachmittags 3 Uhr. Träge, wenig Geschäft. Schluß-Course. 3 Proc. Rente 68, 00—68, 5. Italien. 3 Proc. Rente 45, 15. Österreich. Staats-Eisenbahn-Action 485, 00. Credit-Mobil.-Action 142, 50. Lombard. Eisenbahn-Action 343, 75. Österreich. Anleihe von 1865 pr. cdt. 332, 50. 6% Vereinigte Staats-Anleihe pr. 1882 (ungef. 80%).

London, 11. Novbr. Nachm. 4 Uhr. Schluß-Course: Consols 92 1/2%. 1% Spanier 31 %. Italien. 5% Rente 45. Lombarden 13 %. Mexicane 14 %. 5% Russen 86 %. Neue Russen 85 % Silber 60 %. Türkische Anleihe von 1865 31 1/2%. 6% Brit. Anl. pr. 1882 70 1/2%.

Die Dampfer „Borussia“ und „Union“ sind aus Newyork in Southampton eingetroffen.

London, 11. Nov. Morgens. Aus New-York vom 8. d. M. Abends wird per aillant. Label gemeldet: Wechselkurs auf London in Gold 109 1/2%, Goldgld. 38 1/2%, Bonds 108 1/2%, neue 106 1/2%, Illinois 125, Griebahn 72 1/2%, Baumwolle 19, rumänisches Petroleum in Philadelphia, Type weiß, 30.

London, 11. Novbr. Das Ausbleiben der amerikanischen Kabeltelegramme ist durch Säuberung der amerikanischen Landleitungen verursacht.

Florenz, 11. Novbr. Nachmittags. Italienische Rente 50, 55, Wechsel auf Paris 111.

Frankfurt a. M., 11. November. Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Schluß-Course: Wiener Wechsel 96. Finnlandische Anleihe —. Neue Finnlandische 4 1/2% Pfandbriefe —. 6% Verein. Staaten-Anleihe pr. 1882 76 1/2%. Österreich. Bant-Antheil 655. Österreich Credit-Action 171%. Darmstädter Bant-Action 196. Meiningen Credit-Action 171%. Darmstädter Eisenbahn 227. Österreich. Elisabethbahn —. Böhmisches Eisenbahn —. Rhein-Nahebahn —. Ludwigsbahn 241%. Kurhessische Bettebank 241%. Kurhessische Loos 56%. Böhmisches Eisenbahn 97%. Neue Böhmisches Eisenbahn-Anleihe 94%. Böhmische Loos 51%. Österreichische Bant-Anleihe von 1859 60. Österreichische National-Anleihe 53. 5% Metalliques 46%. Österreich. 5% steuerl. Anleihe 47%. 4 1/2% Metalliques 40%. 1854er Loos 58%. 1860er Loos 68 1/2%. 1864er Loos 74%. — Schloss slau. Nach Schluß der Börse: Credit-Action 171, 1860er Loos 68 %. Staatsbahn 226 %. Amerikaner 76%.

Wien, 11. Novbr. [Abendblatt.] Credit-Action, 179, 50. Nordbahn 173, 50. 1860er Loos 82, 80. 1864er Loos 76, 40. Staatsbahn 236, 00. Galizier 208, 25. Steuerkreis Anlhen —. Napoleonb. 9, 90%. Anglo-Austria Bank —. Lombarden —. Ungarische Creditaction —. Matt, unebert.

Hamburg, 11. Nov. Nachm. 2 Uhr 30 Min. Österreich. franz. Staatsbahn 478. Italien. Rente 43 %. Lombarden 345 %. — Schluß-Course: Hamburger Staats-Brämmer-Anleihe 85 %. National-Anleihe 52 %. Österreich. Credit-Action 73 %. Österreich. 1860er Loos 67 %. Mexicane —. Vereinsbank 110 %. Norddeutsche Bant. 117 %. Rheinische Bahn 116 %. Nordbahn 95 %. Aluna-Kiel 128 %. Finnland. Anleihe —. 1864er Itali. Br. Brämmer-Anleihe 94 %. 1866er Russ. Brämmer-Anleihe 88 %. 6 Proc. Verein. St. Anleihe pr. 1882 69 %. Disconto —.

Hamburg, 11. Novbr. Nachmittags 2 Uhr 30 Min. [Getreidemarkt] Weizen loco fest gehalten, auf Leime schwächer, ohne Kauflust, pr. November 5400 Pf. netto 175 Bantohaler Br. 174 1/2 Pf. pr. November-Dezember 173 Br. 172 Pf. Roggen loco sehr fest, auf Termine höher, pr. November 5000 Pf. Brutto 132 Br. 131 1